

12. September 2018

Interpellation 239 / Ursula Egli, SVP

eingereicht am 5. Juli 2018 – Wortlaut siehe Beilage

Die Stadt verliert an Attraktivität – und was tut die Stadt?

Ursula Egli, SVP, hat am 5. Juli 2018 mit 9 Mitunterzeichneten eine Interpellation mit der Überschrift „Die Stadt Wil verliert an Attraktivität – und was tut die Stadt?“ eingereicht, in der sie zu 5 Fragen eine Antwort des Stadtrats erwartet.

Beantwortung

Vorbemerkungen

Die Frankenstärke und der Onlinehandel haben einen starken Einfluss auf die Einkaufsläden und das Einkaufserlebnis in der Innenstadt (Bahnhofstrasse, Obere Bahnhofstrasse, Altstadt). Der Preis- und Konkurrenzdruck im Detailhandel wächst.

Der Wandel, insbesondere im Einkaufsverhalten der Bevölkerung, trifft nicht nur die Innenstadt von Wil, sondern eine Vielzahl von Städten und Gemeinden. Der Stadtrat und die Verwaltung von Wil nehmen sich dieser Aufgabe an, im Wissen darum, dass sie auf das Einkaufsverhalten kaum Einfluss haben. Sie setzen sich weiterhin dafür ein, dass die Stadt und das Zentrum attraktiv bleiben.

Im 1. und 2. Quartal 2018 trafen sich die Vertreter der IGOB, des Stadtmarktes und der Stadt Wil, um diese Thematik zu besprechen. Es müssen gemeinsam Herausforderungen erkannt und zielführende Massnahmen umgesetzt werden. Das Problem der rückgängigen Frequenzen in der Innenstadt muss mit allen Beteiligten angegangen werden (Detailhändler, Grundeigentümerschaft, Anwohnerinnen und Anwohner, Ladenbesitzerinnen und Ladenbesitzer, Stadt Wil).

In einem partizipativen Prozess soll im letzten Quartal 2018 ein wichtiger Schritt erfolgen, um die Basis für eine zukunftsgerichtete Aktivierung der Innenstadt zu legen. Dies geschieht mit einer Analyse der aktuellen und der zukünftig zu erwartenden Problemstellungen, einem Gutachten und einem Katalog zur Umsetzung erfolgsversprechender Massnahmen mit Zuständigkeiten und Fristen. Der Beitrag der Stadt erfolgt durch die Prozessbegleitung und die Festlegung von Massnahmen im Rahmen des städtischen Auftrages und dessen Handlungsmöglichkeiten.

1. Sieht der Stadtrat die Möglichkeit, im dritten Quartal erste Massnahmen in die Wege zu leiten, um die Attraktivität der Einkaufstadt zu steigern.

Bevor wirkungsvolle Massnahmen definiert und umgesetzt werden können, muss eine fundierte Problemanalyse vorgenommen werden. Anschliessend können zielführende Massnahmen für die Problemlösung diskutiert und mit allen Beteiligten umgesetzt werden. Dabei sind auch die politische Machbarkeit und der effektive Nutzen zu prüfen. Wie den Medienberichten vom Juni 2018 zu entnehmen ist, fanden bereits vertiefte Gespräche zwischen der Stadt, der IGOB und weiteren Beteiligten statt. An diesen Gesprächen wurde die Problemstellung erörtert. Zudem wurden erste mögliche Massnahmen diskutiert und gemeinsam die weiteren Schritte festgelegt. Ebenso wurde der Fahrplan abgesprochen und gemeinsam verabschiedet. Erste Massnahmen wurden somit bereits im 1. und 2. Quartal 2018 in die Wege geleitet und werden im letzten Quartal 2018 im Rahmen eines gemeinsamen Projektes fortgeführt.

2. Teilt der Stadtrat die Meinung, dass ein grosser Anteil der aus der städtischen Parkplatzbewirtschaftung (2017 nahm die Stadt Fr. 1'980'020.-- ein) der Verbesserung der Einkaufsattraktivität in der Stadt zu Gute kommen sollte?

Die Einnahmen aus der städtischen Parkplatzbewirtschaftung werden dem allgemeinen Stadthaushalt gutgeschrieben. Es besteht keine Veranlassung, diese einzelnen Gewerbebereichen zukommen zu lassen und zudem ist aus Sicht des Stadtrats eine Vermischung der Parkplatzeinnahmen mit einer solchen Massnahme nicht sinnvoll. Aus diesen Gründen teilt der Stadtrat die Meinung der Interpellantin nicht.

3. Unterstützt der Stadtrat Möglichkeiten, innert kurzer Frist, spätestens nach den Sommerferien einen Versuch zu starten, um die Kunden der Stadt die ersten 1,5 bis 2 Stunden gratis parkieren zu lassen, wie dies in anderen Städten auch möglich gemacht wird?

Die Stadt Wil weist ein Angebot von rund 2'000 öffentlichen Parkplätzen auf. Diese sind flächendeckend über das Zentrumsgebiet der Stadt verteilt und werden grundsätzlich bewirtschaftet. Aufgrund der unterschiedlichen Attraktivität der Parkplätze auf öffentlichem Grund respektive ihrer Nähe zum Zentrum wurde das Stadtgebiet in verschiedene Tarifzonen eingeteilt. Die Parkplatzgebühren korrelieren mit den Gebühren für den öffentlichen Verkehr und dienen bewusst auch als Verkehrslenkungsmassnahme. Eine Umstellung dieses ausgewogenen und bewährten Systems ist aus Sicht des Stadtrats weder notwendig noch zielführend, um die wünschenswerte Attraktivitätssteigerung zu erreichen. Prioritär sollen – wie in Antwort 1 aufgeführt – andere Massnahmen zur Attraktivitätssteigerung geprüft werden.

4. Wie beurteilt der Stadtrat die Möglichkeit, seinen Mitarbeitenden ab 2019 anstelle von REKA Checks, zukünftig Wiler Gutscheine von Wil-Shopping zu Verfügung zu stellen?

Die Reka Checks sind bei den Mitarbeitenden sehr beliebt. Die Einlösemöglichkeiten sind vielfältig und reichen vom SBB-Ticket bis zum Mittagessen im Bergrestaurant. Ein Wechsel auf Wiler Gutscheine mit bedeutend weniger Einlösemöglichkeiten würde bei vielen Mitarbeitenden zu einem gewissen Unmut führen. Aktuell nutzen rund ein Drittel der Mitarbeitenden die Reka Checks. Die Kosten für die Stadt belaufen sich auf rund 25 000 bis 30 000 Franken jährlich. Wiler Gutscheine in der Höhe von 150 Franken (Gegenwert Rabatt Reka Checks) würden allen rund 450 Mitarbeitenden abgegeben werden. Damit sich die Kosten für die Stadt neutral gestalten würden, müsste der Beitrag an die Mitarbeitenden um je 100 Franken – von 150 Franken auf 50 Franken – redu-

ziert werden. Ein Wechsel von Reka Checks auf Wiler Gutscheine käme bei einer kostenneutralen Umsetzung beim Personal nicht gut an.

Die Stadt verschenkt bei entsprechender Gelegenheit wenn immer möglich Wiler Gutscheine von Wil-Shopping.

5. Ist der Stadtrat gewillt, Regulierungsmassnahmen zu lockern oder sogar aufzuheben, um den Detailhändlern mehr unternehmerischen Spielraum zu generieren?

Regulierungen, welche den unternehmerischen Spielraum einschränken, sind kaum je städtischen Ursprungs und werden bewusst als politisches Steuerungsmittel eingesetzt. Staatliche Eingriffe und die staatliche Beeinflussung des Verhaltens von Unternehmen erfolgen in der Regel, um bestimmte, im allgemeinen Interesse bestehende Ziele zu verfolgen. Im Rahmen der Analyse (vgl. Antwort 1) wird sich der Stadtrat mit dieser Frage aber beschäftigen und wo möglich einen Beitrag leisten.

Stadt Wil



Susanne Hartmann
Stadtpräsidentin



Hansjörg Baumberger
Stadtschreiber